



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0363/2011**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 13.09.2011

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Michael Janitzki, Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat	19.09.2011	Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend, Frauen, Integration und Sport	21.09.2011	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	06.10.2011	Entscheidung

Betreff:

Wohnraumversorgung

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 12.09.2011 -

Antrag:

„A Laut Zeitungsbericht (G. Allg. 26. 8. 11) beklagen Mitglieder der Wohnbau Genossenschaft Stillstand bei den Sanierungsarbeiten in den neuen Siedlungen. 60 Wohneinheiten stünden in der Marshall-Siedlung leer. In der Dulles-Siedlung stehe sogar das Gros der Wohnblocks noch leer. **Vor diesem Hintergrund bitten wir den Magistrat zu berichten:**

1. Wie will der Magistrat die Wohnbau Genossenschaft unterstützen, um aus ihren Schwierigkeiten zu kommen?
2. Ist der Magistrat - im Gegensatz zur Vergangenheit - bereit, die Wohnbau Genossenschaft auch durch Bürgschaften und evt. sogar mit finanziellen Mitteln zu unterstützen?
3. Hat die Wohnbau GmbH noch Anteile an der Genossenschaft im Besitz und wie viel Prozent macht ihre Beteiligung aus?
4. Als Folge der G8-Regelung und aufgrund des Wegfalls der Wehrpflicht drängen praktisch zwei Jahrgänge an die Hochschulen.
Welche Maßnahmen plant der Magistrat, um die massiven Wohnraumprobleme der Studierenden zu lindern?

5. Die Hess. Landesregierung hat die Fehlbelegungsabgabe gestrichen. In Gießen wurden daraus Einzelprojekte des sozialen Wohnungsbaues gefördert; im Jahre 2009 mit 220 000 €. Dieses Geld fehlt der Wohnbau GmbH in Zukunft.

Welche Lösungen sieht der Magistrat für dieses Problem? Ist er bereit, diesen Fehlbetrag finanziell auszugleichen?

6. Der soziale Wohnungsbau während der letzten zehn Jahre durch die Wohnbau GmbH bestand hauptsächlich in energetischen Sanierungen und in Umbau zu seniorengerechten Wohnungen. Neuen sozialen Wohnraum konnte sie nicht schaffen. Wie will der Magistrat das Problem lösen, dass die energetisch sanierten und die seniorengerechten Wohnungen von Menschen mit geringem Einkommen (z. B. Hartz IV-Betroffene) nicht zu bezahlen sind?

7. Kann der Magistrat es angesichts dieser Probleme verantworten, dass die jährliche Dividende der Wohnbau GmbH in Höhe von ca. 365 000 € (vermindert um ca. 58 000 € an das Finanzamt) in den städtischen Haushalt fließt und nicht bei der Wohnbau bleibt, um sozialen Wohnungsbau zu fördern?

B Weiterhin beantragen wir, Herrn Wolfgang Dölle von der Wohnbau als Sachverständigen zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu laden, damit er berichtet über:

- Schwierigkeiten der Wohnbau Genossenschaft und mögliche Lösungen
- Schaffung von Sozialwohnungen für Ein- und Zwei-Personenhaushalte in den neuen Siedlungen.“

Michael Janitzki
Fraktionsvorsitzender